

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 ppbn d

Inhalt

Konrad Gilges MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit, wendet sich gegen die Verharmlosung der neuen Armut: Menschen hungern und frieren. Seite 1

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, macht auf den Widerspruch von Worten und Taten bei den CSU-Sozialpolitikern aufmerksam: Gipfel der Heuchelei. Seite 3

Bruno Friedrich MdEP, Vorsitzender des SPD-Bezirks Franken, setzt sich mit dem Rothemund-Plan auseinander: Gescheitert. Seite 5

40. Jahrgang / 14

21. Januar 1985

Zum Sterben zuviel, zum Leben zuwenig

Die Regierungspolitik stößt Millionen in bitterste Armut

Von Konrad Gilges MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Eigentlich ist es unvorstellbar, was da seit Tagen in den Medien berichtet wird: Menschen hungern in einem der reichsten Länder der Welt. Was vor Jahren nur in anderen Staaten vorstellbar schien, ist heute auch in der Bundesrepublik Deutschland Realität. Ein Mensch ohne festen Wohnsitz erleidet den Kältetod, und in Berlin erzählt in den "ARD-Tagesthemen" eine Rentnerin von ihrer Situation: "Entweder es kommt nichts auf den Tisch und ich kann drei Zentner Kohlen kaufen, oder ich esse, dann bleibt eben der Ofen kalt." Minuten zuvor flimmerte noch Norbert Blüm über den gleichen Kanal: "Wir haben das beste Rentenniveau." Kaltschnäuziger kann man die Realität nun wirklich nicht mehr verdrehen. Es ist nicht unverdient, wenn dieser Minister den Orden "Wider den tierischen Ernst" erhalten hat.

Was die Berliner Rentnerin vor ihrem kalten Kachelofen schilderte, ist bitterer Alltag für tausende Bundesbürger. Die von der deutschen Arbeiterbewegung in Jahrzehnten hart erkämpften sozialpolitischen Leistungen sind mit mehreren Schlägen von Kohl und Genscher zerschlagen worden. Wir stehen vor einem sozialpolitischen Trümmerhaufen. Das Sozialstaatspostulat bleibt heute nur noch eine Farce. Schon bei der kleinsten Kältewelle zeigt sich das ganze Elend, das die Wendepolitiker in nicht ganz zwei Jahren verursacht haben.

Es ist schon unverschämt, wie Unionspolitiker auf die Feststellung der "neuen Armut" in der Bundesrepublik reagieren. Da schreibt der baden-württembergische CDU-Landtags-



abgeordnete Dieter Rempel, von Beruf leitender Angestellter, auf die Äußerungen des Kreisvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt Göppingen zur Sozialpolitik der Bundesregierung in einem Leserbrief: "Zeigen Sie mir bitte einmal einen solchen 'neuen Armen' und wir werden bei der Analyse feststellen, daß dies mit der Politik in Bonn überhaupt nichts zu tun hat. Ich garantiere Ihnen, jedem zu helfen, wenn er seinen eigenen Teil dazu beiträgt. Wenn er arbeitsfähig ist, beschaffe ich ihm Arbeit - er muß aber wollen."

Eine solche schlimme Ideologie sitzt in den Köpfen führender Funktionäre der Unionsparteien. Denn danach ist die "soziale Hängematte" doch nur für die Faulenzer geknüpft. Wer arbeiten will, der findet auch Arbeit. Über zwei Millionen Bundesbürger sind also nur zu faul zu arbeiten; das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe garantieren ein Leben im Eldorado. Da schaden ein paar Kürzungen nichts, denn, so CDU-Rempel, die "Sozialduselei" muß endlich ein Ende haben.

CDU/CSU und FDP können stolz auf ihre Politik sein. Europa bestaunt "Westdeutschlands neues Wunder". Die britische Tageszeitung "The Times" schreibt: "Kaum ein Tag vergeht ohne neue Beweise für die bemerkenswerte Erholung der deutschen Wirtschaft. Das wirtschaftliche Herz Europas schlägt mit solcher Kraft, daß Bonn fast atemlos scheint über den Erfolg seiner Politik."

Sicher, auch mir verschlägt es den Atem, wenn ich Menschen sehe, die auf Entlüftungsgittern der Kaufhäuser ein wenig Wärme suchen. Wenn Obdachlose halb erfroren aus Bahnhofstoiletten in Krankenhäuser transportiert werden müssen. Aber anscheinend sind moralische Fragen und Fragen des sozialen Anstandes bei den Parteien mit dem "C" vor dem Namen nicht mehr aktuell. Jetzt muß für das "neue Wirtschaftswunder" geklotzt werden, auch wenn ein Drittel der Gesellschaft in das soziale Elend abrutscht - zwei Drittel der Bevölkerung reichen eben, um die parlamentarische Mehrheit zu gewinnen.

Drei Millionen Menschen leben heute in absoluter Armut. 1,6 Millionen Arbeitslose erhalten keinen Pfennig Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, und schon heute ist die Bundesregierung daran, den neuen "Warenkorb" so zu manipulieren, daß am Ende dabei noch weniger herauskommen wird. Zum Sterben zuviel, zum Leben zuwenig.

Es ist zu befürchten, daß Kohls Ziel der Spaltung der Gesellschaft in ein Drittel verelendeter, nach Unions-Verständnis gleichsam überflüssiger Menschen und zwei Drittel, die an die kapitalistische Wohlstandstheorie noch glauben und profitieren, aufgeht. Der gesellschaftliche Druck ist noch nicht so groß, daß die Rechtskoalition um ihre Mehrheit fürchten müßte. Was Not tut ist die Organisation der kleinen Rentner, Behinderten, der allerziehenden Mütter, der BAFöG-Geschädigten, der Arbeitslosen, der Sozialhilfeempfänger. Der Sozialdemokratie stellt sich hier eine ihrer wichtigsten Aufgaben.

(-/21.1.1985/rs/ks)

+ + +



Gipfel der Heuchelei

Feststellungen zur CSU-Sozialpolitik im Deutschen Bundestag

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Welch eine Heuchelei der CSU: Da lassen sich seit einigen Wochen bei verschiedenen Themen Politiker der bayerischen Regierungspartei als das sozialpolitische Gewissen unserer CDU/CSU/FDP-Bundesregierung feiern, indem sie die Öffentlichkeit mit Forderungen auf punktuelle Wiederherstellung des Sozialstaates überraschen. Die gleichen Politiker aber haben wenige Monate zuvor noch in gewissenloser Manier gerade das zerschlagen, dessen Verlust sie nun in unnachahmlicher Art und Weise beklagen.

Da müssen den Betroffenen und den aufrechten Sozialpolitikern die Tränen ins Gesicht schießen.

Ein wahres Meisterstück hat in diesem Zusammenhang wieder einmal der große Vorsitzende der CSU vollbracht. Er schrieb seinem Bonner Statthalter, dem CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, einen Brief und forderte darin diesen und seine 52 Kolleginnen beziehungsweise Kollegen auf, von der Regierungskoalition zu Lasten der Schwerbehinderten in unserem Land durchgesetzte sogenannte Sparbeschlüsse wieder rückgängig zu machen. "Korrekturen" heißt das Zauberwort, das dem bayerischen Ministerpräsident wie erhofft landauf landab positive Schlagzeilen wie "Strauß tritt für Belange Schwerbehinderter ein" einbrachte.

Man nehme nur einmal das Beispiel der Gehörlosen, die nach dem Brief von Franz Josef Strauß nun im Rahmen einer Gesetzesänderung wieder im Nahverkehr unentgeltlich befördert werden sollen:

Gerade diese bis Jahresbeginn 1984 noch gültige Regelung wurde zusammen mit anderen Regelungen von den Bonner Regierungsparteien im Haushaltsbegleitgesetz 1984 Ende 1983 gestrichen. Die SPD kämpfte zusammen mit den Behindertenverbänden und einer Vielzahl Betroffenen, die alle Bundestagsabgeordneten anschrieben, gegen diese Streichung. Doch vergeblich, CDU, FDP und CSU (!) lehnten im Ausschuß einen entsprechenden SPD-Antrag ab und segneten das Haushaltsbegleitgesetz ab.

Und auch der Bundesrat stimmte dem Gesetz zu.

Wo waren die eingangs erwähnten CSU-Politiker, wo war der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende zu diesem Zeitpunkt?

Nun soll man niemanden daran hindern, im Laufe der Zeit klüger zu werden, und gerade auf dem Bereich der Sozialpolitik ist man bei dem von dieser Bundesregierung vorgelegten Tempo froh, wenn wenigstens einzelne Anschläge auf den Sozialstaat wieder rückgängig gemacht werden können.

So gesehen, begrüße ich auch den Brief von Strauß, zeigt er doch ein gewisses Umdenken. Doch ein schaler Nachgeschmack bleibt.



Diese Aktion riecht wieder einmal ein wenig zu stark nach Taktik und Schaum-
schlägerei!

Und solange nicht mindestens die CSU-Politiker Höpfinger, Parlamentarischer Staats-
sekretär im Bundesarbeitsministerium, und der Beauftragte der Bundesregierung für
die Belange der Behinderten, der CSU-Abgeordnete Regenspurger, öffentlich einräu-
men, daß die bisherigen Sparmaßnahmen der von ihnen mitgetragenen Bonner Regie-
rungskonalition behindertenfeindlich waren und sind, kann keine Entwarnung gegeben
werden.

Ich warte also auf diese Erklärungen, in denen sie keinen Zweifel daran aufkom-
men lassen an ihrer Entschlossenheit, das alte Schwerbehindertenrecht wieder in-
stand zu setzen.

Zur Zeit wird die Haltung des Bundesarbeitsministeriums zur Frage der unentgelt-
lichen Beförderung von Schwerbehinderten und damit auch der von Gehörlosen im Nah-
verkehr immer noch gekennzeichnet von Briefen des Ministeriums wie dem aus dem März
1984: "Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß in der Bewegungsfähigkeit im Straßen-
verkehr erheblich beeinträchtigte Schwerbehinderte, die entfernt von S-Bahnlagen
oder auf dem Lande wohnen, im Vergleich zu den Bewohnern einer Großstadt oder der
Ballungsräume Nachteile haben. Diese Nachteile sind jedoch nicht behinderungsbe-
dingt, sondern auf die verkehrlichen Gegebenheiten am Wohnsitz zurückzuführen.
Es ist jedoch nicht Aufgabe des Schwerbehindertengesetz, solche Nachteile auszu-
gleichen."

Mit anderen Worten: Sozialpolitik ist Sache der Verkehrspolitiker!?

Zynischer geht es wohl kaum noch.

Herr Waigel, Herr Höpfinger, Herr Regenspurger und die CSU-Abgeordneten im Ausschuß
für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages: bekennen Sie Farbe! Geben
sie öffentlich Auskunft, was sie tun werden, um zusammen mit der SPD die von ihrem
Parteivorsitzenden erhobenen Forderungen im Schwerbehindertenrecht auch wirklich
Gesetz werden zu lassen!

(-/21.1.1985/rs/ks)

+ + +



Mehr als eine Tendenzwende gegen den Rothemund-Plan

Der SPD-Bezirk Niederbayern/Oberpfalz lehnt ab und stellt die Führungsfrage Bayerns

Von Bruno Friedrich SPD-MdEP
Vorsitzender des SPD-Bezirkes Franken

Am Wochenende ist mehr als eine Tendenzwende gegen den Rothemund-Plan, der die Auflösung der bisherigen Bezirke und Unterbezirke in Bayern anstrebt, eingetreten.

64 Prozent der Delegierten des Bezirkes Niederbayern/Oberpfalz lehnten auf ihrem Bezirksparteitag in Regensburg den Rothemund-Plan ab.

Am gleichen Wochenende gab es in den fränkischen SPD-Hochburgen Nürnberg und Schweinfurt starke Mehrheiten (Nürnberg 90 Prozent, Schweinfurt 66 Prozent) gegen den Rothemund-Plan.

Die Bezirke Franken und Südbayern entscheiden endgültig zwar erst am 23. März, doch formal, nach der Satzungsfrage der SPD, ist am Samstag in Regensburg bereits die Entscheidung gefallen, muß der Rothemund-Plan als gescheitert gelten.

Aus der Organisationsrealität der SPD heraus gilt es als undenkbar, daß der Parteivorstand einen Bezirk auflöst, der mit über 60 Prozent seiner Delegierten für seinen Fortbestand gestimmt hat. Der Hinweis darauf, daß Niederbayern/Oberpfalz ein kleiner Bezirk sei, deshalb auch wenig relevant für eine solche Entscheidung, ist deshalb irrig, weil unter den 22 SPD-Bezirken acht Bezirke weniger als 30.000 Mitglieder zählen, und unter diesen acht zählt Niederbayern/Oberpfalz zu den größeren.

Schon 1971 hatte der SPD-Bundesparteitag in Bad Godesberg in der Satzung festgeschrieben, daß Landesverbände nur gebildet werden können, "wenn alle Bezirke zustimmen". Vor dem Bundesparteitag 1971 hatte der damalige bayerische SPD-Landesvorsitzende, Volkmar Gabert, um Zustimmung werbend darauf hingewiesen, daß "die Zustimmung aller im Lande vorhandenen Bezirke nach dieser Satzungsänderung erforderlich ist"; kein Bezirk könne überstimmt werden. Der Bezirksparteitag der Ostbayern in Regensburg hat eine über das Votum der Ablehnung des Rothemund-Planes weit hinausreichende Wirkung.

Entgegen den Ankündigungen von Landtags-Journalisten der bayerischen Hauptstadt-Presse brachte die Debatte Aufschluß darüber, daß sich in der SPD-Basis zur Zeit ein tiefer Prozeß des Umdenkens vollzieht, auch wenn er außerhalb der SPD noch nicht erkannt wird. In der Debatte des Bezirks-Parteitages wurden nicht nur die Schwächen des Rothemund-Konzepts bloß gelegt. Von einer Zentralisierung nach dem Modell des Rothemund-Planes sahen die Delegierten eine Gefährdung der demokratischen Machtbalance in der SPD. Fragen der innerparteilichen Demokratie standen plötzlich im Mittelpunkt. Tiefe Zweifel äußerte man in der Debatte an Rothemunds Absicht der Auflösung der Unterbezirke. Die Forderung der Rothemund-Gegnern nach qualifizierten Geschäftsführern und gut ausgestatteten Geschäftsstellen war ein entscheidender Grund für die eventuelle Ablehnung des Rothemund-Planes.



Während in der bisherigen Debatte die Landtagsfraktion in München bestimmend war, beim entscheidenden Bezirks-Parteitag in Regensburg konnte die Fraktion ihrem Vorsitzenden keine erkennbare Unterstützung geben. Als der Bezirksvorsitzende, Gerhard Schmid, forderte, daß die Reformdiskussion in Bayern nicht nur Organisationsfragen, sondern auch die politische Ziel- und die personelle Führungsfrage einschließen müsse. Als er die Trennung der Ämter des Fraktionsvorsitzenden und des Landesvorsitzenden forderte, gab es ein letztes heftiges Aufbäumen aus dem Bereich der Landtagsabgeordneten. Aber gerade dieser Abschnitt der Parteitagsdebatte um die Rede Gerhard Schmid führte plötzlich zu einer erdrutschartigen Bewegung gegen den Rothemund-Plan. Es war die Partei, die plötzlich gegenüber den Mandatsträgern des Landtages auf den Primat der Führung pochte. Es war auch unerwartet, daß der in der Münchener Presse als Außenseiter abgestempelte Weidener Bundestagsabgeordnete, Ludwig Stiegler, minutenlangen stürmischen Beifall für seine Kritik am Landesvorsitzenden erntete.

Beachten sollte man, dies hat Regensburg am Wochenende bewiesen, daß in Ostbayern in den letzten Jahren eine selbstbewußte Schicht von 35- bis 45jährigen Persönlichkeiten in der SPD herangewachsen ist, die sich gegenüber München und den beiden größeren Bezirken Franken und Südbayern durchaus als gleichrangig empfinden. Der Parteitag am Samstag in Regensburg war der Durchbruch dieser neuen Führungsschicht. Es war eine Art Selbstbefreiung aus der ewigen Juniorenrolle in Bayern.

Die wichtigste Erkenntnis für einen die SPD-kennenden aufmerksamen Parteitags-Beobachter ist wohl die, daß diese neue Gruppe möglicherweise bereits vor den Mandatsträgern die Resignationen der Folgen der 82-Wende überwunden hat, daß der Wille zur Erneuerung der SPD von jüngeren Kräften aus der Partei kommt, von Kräften, die der Öffentlichkeit bisher weniger bekannt sind. Über den bayerischen Organisationskonflikt hinaus ist dies die wohl wichtigste Botschaft des Bezirks-Parteitages von Niederbayern/Oberpfalz am Wochenende in Regensburg. (-/21.1.1985/rs/ks)

+ + +



ÜBER DEN TAG HINAUS: HILFE FÜR AFRIKA

In vielen Ländern Afrikas sind derzeit Millionen Menschen vom Hungertod bedroht. Alle großen Hilfsorganisationen haben sich zusammengefunden, um in einer Aktion die deutsche Bevölkerung um Spenden zu bitten, damit die schlimmste akute Hungersnot geindert wird und langfristige Entwicklungsprojekte verwirklicht werden können.

Seit 1959 gehört Entwicklungshilfe zu den Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt. Die Arbeiterwohlfahrt ist Mitglied des Internationalen Arbeiter-Hilfswerks, in dem 13 Organisationen aus 11 Ländern auf dem Gebiet der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe eng zusammenarbeiten.



In Afrika unterstützt die Arbeiterwohlfahrt Projekte in Äthiopien/Eritrea, Mali, Benin und Mauretanien. Sie leistet Nahrungsmittelhilfe, Hauptaufgabe ist jedoch langfristige Entwicklungsmaßnahmen zu fördern, damit die Betroffenen in die Lage versetzt werden, sich selbst zu helfen und ihre Lebensverhältnisse zu verbessern.

Die Arbeiterwohlfahrt ist zur Verwirklichung dieser Ziele auf Spenden angewiesen. Helfen Sie mit, gezielt zu helfen.